

Abkommen zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Sultanats Oman über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Investitionen

Abgeschlossen am 17. August 2004

In Kraft getreten durch Notenaustausch am 18. Januar 2005

(Stand am 18. Januar 2005)

Präambel

*Der Schweizerische Bundesrat
und*

die Regierung des Sultanats Oman,
im Folgenden als die «Vertragsparteien» bezeichnet,

im Bestreben, günstige Bedingungen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ihnen und insbesondere für Investitionen von Investoren der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen und zu erhalten,

in der Erkenntnis, dass die Förderung und der gegenseitige Schutz solcher Investitionen durch internationale Abkommen zur Belebung wirtschaftlicher Initiativen beitragen und den Wohlstand in beiden Ländern mehren wird,

haben Folgendes vereinbart:

Art. 1 Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens:

(1) bezieht sich der Begriff «Investor» hinsichtlich jeder Vertragspartei auf:

- (a) natürliche Personen, die gemäss der Gesetzgebung der betreffenden Vertragspartei ihre Nationalität besitzen;
- (b) juristische Personen, die nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei gegründet sind und auf deren Hoheitsgebiet ihren Sitz haben, sowie juristische Personen, die von Staatsangehörigen der betreffenden Vertragspartei oder von juristischen Personen, die nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei gegründet sind und auf deren Hoheitsgebiet ihren Sitz haben, direkt oder indirekt kontrolliert werden.

AS 2005 929

¹ Übersetzung des französischen Originaltextes.

(2) umfasst der Begriff «Investitionen» alle Arten von Vermögenswerten, und insbesondere:

- (a) bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte sowie sämtliche anderen dinglichen Rechte wie Dienstbarkeiten, Grundlasten, Grund- und Fahrnispfandrechte sowie Nutznießungen;
- (b) Aktien, Anteile und andere Formen der Beteiligung an Gesellschaften;
- (c) Forderungen auf Geld, einschliesslich Staatsanleihen, oder auf irgendwelche Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert aufweisen;
- (d) Urheberrechte, gewerbliche Eigentumsrechte (wie Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Handels- und Dienstleistungsmarken, Handelsnamen, Herkunftsangaben), «Know-how » und «Goodwill»;
- (e) Konzessionen oder ähnliche Rechte, die durch Gesetz oder Vertrag verliehen werden, einschliesslich Konzessionen zur Prospektion, Gewinnung und Verwertung von natürlichen Ressourcen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte investiert oder reinvestiert werden, lässt deren Eigenschaft als Investition unberührt.

(3) umfasst der Begriff «Erträge» diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt und insbesondere Gewinne, Zinsen, Kapitalgewinne, Dividenden, Lizenz- und andere Gebühren, Zahlungen in Naturalien, einschliesslich Erträge aus Reinvestitionen.

(4) umfasst der Begriff «Hoheitsgebiet» das Gebiet jeder Vertragspartei, einschliesslich der angrenzenden Seezonen, über welche die betreffende Vertragspartei gemäss Völkerrecht souveräne Rechte oder Gerichtsbarkeit ausübt.

Art. 2 Anwendungsbereich

Dieses Abkommen ist anwendbar auf Investitionen auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit deren Gesetzen und übrigen Rechtsvorschriften von Investoren der anderen Vertragspartei vor oder nach dem Inkrafttreten des Abkommens getätigt wurden.

Art. 3 Förderung, Zulassung

(1) Jede Vertragspartei fördert auf ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei und lässt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und übrigen Rechtsvorschriften zu.

(2) Jede Vertragspartei ist, in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und übrigen Rechtsvorschriften, bei der Ausstellung der erforderlichen Bewilligungen im Zusammenhang mit einer Investition behilflich, einschliesslich der Bewilligungen für die Ausführung von Lizenzverträgen und Verträgen über technische, kommerzielle oder administrative Unterstützung, sowie bei Genehmigungen, die für die Tätigkeit von Beratern und Experten erforderlich sind.

Art. 4 Schutz, Behandlung

(1) Investitionen und Erträge von Investoren jeder Vertragspartei geniessen auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei jederzeit vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Jede Vertragspartei gewährt auf ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei gerechte und billige Behandlung. Keine Vertragspartei behindert auf irgendeine Weise durch ungerechtfertigte oder diskriminierende Massnahmen die Verwaltung, den Unterhalt, den Gebrauch, die Nutzung, die Erweiterung oder die Veräusserung von Investitionen und Erträgen von Investoren der anderen Vertragspartei.

(3) Jede Vertragspartei gewährt auf ihrem Hoheitsgebiet Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich Verwaltung, Unterhalt, Gebrauch und Nutzung ihrer Investitionen sowie jeder anderen Tätigkeit im Zusammenhang mit solchen Investitionen eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, welche sie ihren eigenen Investoren angedeihen lässt. In keinem Fall wird den Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Investitionen eine weniger günstige Behandlung als jene gewährt, die den Investoren irgendeines Drittstaates gewährt wird.

(4) Gewährt eine Vertragspartei den Investoren eines Drittstaates besondere Vorteile aufgrund eines Abkommens zur Gründung einer Freihandelszone, einer Zollunion oder eines gemeinsamen Marktes oder aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens, so ist sie nicht verpflichtet, solche Vorteile den Investoren der anderen Vertragspartei einzuräumen.

Art. 5 Freier Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei den unverzüglichen Transfer in einer frei konvertierbaren Währung von Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, insbesondere von:

- (a) Erträgen;
- (b) Zahlungen in Bezug auf Darlehen oder andere vertragliche Verpflichtungen, welche hinsichtlich der Investition eingegangen wurden;
- (c) Erlösen aus der teilweisen oder vollständigen Veräusserung oder Liquidation der Investition, einschliesslich allfälliger Wertzunahmen;
- (d) Einkommen und anderen Vergütungen von Personal, das im Zusammenhang mit der Investition aus dem Ausland beigezogen wurde;
- (e) dem Anfangskapital und weiteren Beiträgen für den Unterhalt oder die Ausweitung der Investition.

(2) Sofern nicht anders mit dem Investor vereinbart, erfolgen Transfers zum Wechselkurs, der am Tag des Transfers gemäss den geltenden Wechselkursbestimmungen derjenigen Vertragspartei anwendbar ist, auf deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde.

Art. 6 Enteignung

(1) Keine Vertragspartei trifft Enteignungs- oder Verstaatlichungsmassnahmen oder irgendwelche andere Massnahmen, deren Wirkungen einer Enteignung oder Nationalisierung gleichkommen, gegenüber Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei, es sei denn, solche Massnahmen erfolgen im öffentlichen Interesse, gegen umgehende und wertentsprechende Entschädigung und unter der Bedingung, dass sie nicht diskriminierend und in Übereinstimmung mit allgemein anwendbaren innerstaatlichen Rechtsvorschriften erfolgen. Die Rechtmässigkeit einer solcher Enteignung und der Betrag der Entschädigung sind auf Begehren des Investors Gegenstand einer Überprüfung gemäss den gesetzlichen Vorschriften.

(2) Die in Absatz (1) genannte Entschädigung entspricht dem angemessenen Marktwert der Investition, wie er in Übereinstimmung mit anerkannten Bewertungsgrundsätzen bestimmt wird, wie, unter anderem, dem investierten Kapital, dem Ersatzwert, dem Wertzuwachs, den laufenden Erträgen, dem «Goodwill» und anderen relevanten Faktoren, unmittelbar vor dem Zeitpunkt, als die Entscheidung zur Enteignung angekündigt oder bekannt wurde, je nachdem welcher Fall früher eingetreten ist. Der Entschädigungsbetrag schliesst handelsübliche Zinsen ein, vom Zeitpunkt der Enteignung bis zur Zahlung gerechnet, wird in einer frei konvertierbaren Währung geleistet und unverzüglich an die berechnete Person gezahlt, unabhängig von deren Wohn- oder Geschäftssitz.

(3) Investoren einer Vertragspartei, deren Investitionen Verluste erlitten haben als Folge eines Krieges oder eines anderen bewaffneten Konfliktes, einer Revolution, eines Ausnahmezustandes oder einer Rebellion, die auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei stattfanden, wird seitens der letzteren Vertragspartei hinsichtlich Rückerstattung, Entschädigung, Vergütung oder einer sonstigen Regelung eine nicht weniger günstige Behandlung als jene gewährt, welche sie ihren eigenen Investoren oder jenen irgendeines Drittstaates angedeihen lässt.

Art. 7 Subrogationsprinzip

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr bezeichnete Stelle eine Zahlung als Entschädigung, als Garantie oder aufgrund eines Versicherungsvertrags in Bezug auf eine Investition eines ihrer Investoren auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so anerkennt die letztere Vertragspartei den Übergang der Rechte oder Ansprüche des betreffenden Investors auf die erstere Vertragspartei oder auf die von ihr bezeichnete Stelle sowie das Recht dieser Vertragspartei oder der von ihr bezeichneten Stelle, aufgrund der Subrogation solche Rechte und Ansprüche im selben Umfang wie der Investor wahrzunehmen.

Art. 8 Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei

(1) Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über Investitionen finden Beratungen zwischen den betroffenen Parteien statt.

(2) Führen diese Beratungen innerhalb von sechs Monaten seit dem Begehren um Beratungen nicht zu einer Lösung, so kann der Investor die Streitigkeit zur Beilegung unterbreiten:

- (a) dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), welches durch das am 18. März 1965² in Washington zur Unterzeichnung aufgelegte Übereinkommen zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geschaffen wurde; oder
- (b) einem Ad-hoc-Schiedsgericht, welches, sofern von den Streitparteien nicht anders vereinbart, gemäss den Schiedsregeln der UNO-Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) geschaffen wird.

(3) Jede Vertragspartei erteilt hiermit ihre Zustimmung, Streitigkeiten über Investitionen internationaler Schlichtung oder Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten.

(4) Die am Streit beteiligte Vertragspartei macht in keinem Zeitpunkt während des Verfahrens als Einwand ihre Immunität geltend oder den Umstand, dass der Investor aufgrund eines Versicherungsvertrages eine Entschädigung für die Gesamtheit oder einen Teil des erlittenen Schadens erhalten hat.

(5) Der Schiedsspruch ist endgültig und für die Streitparteien bindend und wird gemäss nationalem Recht vollzogen.

Art. 9 Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien in Bezug auf die Auslegung oder die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens werden auf diplomatischem Wege beigelegt.

(2) Wird die Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien innerhalb von sechs Monaten seit dem Tag, an welchem die Streitfrage von einer Vertragspartei schriftlich aufgebracht wurde, nicht beigelegt, wird sie auf Begehren einer Streitpartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Ein solches Schiedsgericht wird für jeden einzelnen Streitfall wie folgt errichtet. Innerhalb von zwei Monaten seit dem Empfang des Begehrens um Streitschlichtung ernannt jede Vertragspartei ein Mitglied des Gerichts. Diese beiden Mitglieder wählen innerhalb von zwei Monaten einen Angehörigen eines Drittstaates, mit welchem beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten. Diese Person wird mit Zustimmung beider Vertragsparteien der Vorsitzende des Schiedsgerichts. Der Vorsitzende wird innerhalb von drei Monaten seit dem Tag der Ernennung der beiden anderen Mitglieder ernannt.

(4) Sind die erforderlichen Ernennungen innerhalb der in Absatz 3 dieses Artikels festgelegten Fristen nicht erfolgt, so kann jede Vertragspartei, sofern nicht anders vereinbart, den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, die besagte Aufgabe

wahrzunehmen, wird der Vizepräsident ersucht, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er aus einem anderen Grund verhindert, die besagte Aufgabe wahrzunehmen, wird das amtsälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, das kein Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, ersucht, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selber, sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren. Es fällt seine Entscheide mit der Mehrheit der Stimmen. Diese Entscheide sind endgültig und bindend für beide Vertragsparteien.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten für ihr Mitglied des Schiedsgerichts und für ihre Vertretung im Schiedsverfahren; die Kosten des Vorsitzenden und die übrigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.

Art. 10 Andere Verpflichtungen

(1) Erkennen Vorschriften in der Gesetzgebung einer Vertragspartei oder Regeln des Völkerrechts Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung zu als jene, die in diesem Abkommen vorgesehen ist, so gehen solche Vorschriften oder Regeln, in dem Masse als sie günstiger sind, diesem Abkommen vor.

(2) Jede Vertragspartei hält alle Verpflichtungen ein, die sie in Bezug auf Investitionen auf ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei eingegangen ist.

Art. 11 Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage in Kraft, an dem beide Vertragsparteien sich mitgeteilt haben, dass die rechtlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten von internationalen Abkommen erfüllt sind, und bleibt in Kraft für die Dauer von zehn Jahren. Wird das Abkommen nicht durch schriftliche Mitteilung mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf dieses Zeitraumes gekündigt, verlängert es sich unverändert um jeweils weitere fünf Jahre.

(2) Im Falle der Kündigung dieses Abkommens durch schriftliche Mitteilung, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 10 während weiteren zwanzig Jahren für Investitionen, die vor der Kündigung getätigt wurden.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen gehörig dazu ermächtigten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Bern am 17. August 2004, im Doppel je in Französisch, Arabisch und Englisch, wobei jeder Text gleichermassen verbindlich ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für den
Schweizerischen Bundesrat:
Jean-Daniel Gerber

Für die
Regierung des Sultanats Oman:
Ahmed ben Mohammed Al-Hinai

Accord entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement du Sultanat d'Oman concernant la promotion et la protection réciproque des investissements

Conclu le 17 août 2004

Entré en vigueur par échange de notes le 18 janvier 2005

(Etat le 18 janvier 2005)

Préambule

Le Conseil fédéral suisse

et

le Gouvernement du Sultanat d'Oman,

ci-après dénommés les «Parties contractantes»,

dans l'intention de créer et de maintenir des conditions favorables au développement de leur coopération économique, notamment en ce qui concerne les investissements des investisseurs d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante,

reconnaissant que l'encouragement et la protection réciproque de tels investissements par des accords internationaux sont propres à stimuler l'initiative et à accroître la prospérité des deux pays,

sont convenus de ce qui suit:

Art. 1 Définitions

Aux fins du présent Accord:

(1) Le terme «investisseur» désigne, en ce qui concerne chaque Partie contractante:

- (a) les personnes physiques qui, d'après la législation de cette Partie contractante, possèdent la nationalité de celle-ci;
- (b) les personnes morales qui sont constituées conformément à la législation de cette Partie contractante et ont leur siège sur le territoire de celle-ci, ou les personnes morales qui sont contrôlées, directement ou indirectement, par des nationaux de cette Partie contractante ou par des personnes morales qui sont constituées conformément à la législation de cette Partie contractante et ont leur siège sur le territoire de celle-ci.

(2) Le terme «investissements» englobe toutes les catégories d'avoirs et en particulier:

- (a) la propriété de biens meubles et immeubles, ainsi que tous les autres droits réels, tels que servitudes, charges foncières, gages immobiliers et mobiliers, usufruits;
- (b) les actions, parts sociales et autres formes de participation dans des sociétés;
- (c) les créances monétaires, y compris les obligations d'Etat, et droits à toute prestation ayant valeur économique;
- (d) les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle (tels que brevets d'invention, modèles d'utilité, dessins ou modèles industriels, marques de fabrique ou de commerce, marques de service, noms commerciaux, indications de provenance), le savoir-faire et la clientèle;
- (e) les concessions et les droits similaires conférés par la loi ou par contrat, y compris les concessions de prospection, d'extraction ou d'exploitation de ressources naturelles.

Toute modification de la forme d'investissement ou de réinvestissement des avoirs n'affecte pas leur qualification d'investissement.

(3) Le terme «revenus» désigne les montants issus d'un investissement et englobe notamment les bénéfices, les intérêts, les gains en capital, les dividendes, les redevances, les rémunérations et les paiements en nature, ainsi que les revenus d'un réinvestissement.

(4) Le terme «territoire» désigne le territoire de chaque Partie contractante et comprend les zones maritimes adjacentes sur lesquelles la Partie contractante concernée exerce des droits souverains ou une juridiction conformément au droit international.

Art. 2 Champ d'application

Le présent Accord est applicable aux investissements effectués sur le territoire d'une Partie contractante, conformément à ses lois et règlements, par des investisseurs de l'autre Partie contractante, avant ou après son entrée en vigueur.

Art. 3 Encouragement, admission

(1) Chaque Partie contractante encouragera les investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante sur son territoire et admettra ces investissements conformément à ses lois et règlements.

(2) Chaque Partie contractante facilitera, conformément à ses lois et règlements, l'octroi des autorisations nécessaires en relation avec un investissement, y compris avec l'exécution de contrats de licence, d'assistance technique, commerciale ou administrative, ainsi que des autorisations requises pour les activités de consultants et d'experts.

Art. 4 Protection, traitement

(1) Les investissements et revenus des investisseurs de chaque Partie contractante jouiront en tout temps d'une protection et d'une sécurité pleines et entières sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(2) Chaque Partie contractante accordera sur son territoire un traitement juste et équitable aux investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante. Aucune des Parties contractantes n'entravera d'une quelconque manière, par des mesures injustifiées ou discriminatoires, le management, l'entretien, l'utilisation, la jouissance, l'accroissement ni l'aliénation des investissements et des revenus des investisseurs de l'autre Partie contractante.

(3) Chaque Partie contractante accordera sur son territoire aux investisseurs de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne le management, l'entretien, l'utilisation et la jouissance de leurs investissements, ainsi que les activités qui leurs sont connexes, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs. Le traitement accordé aux investisseurs de l'autre Partie contractante, en ce qui concerne leurs investissements, ne sera en aucun cas moins favorable que celui accordé aux investisseurs d'un quelconque Etat tiers.

(4) Si une Partie contractante accorde des avantages particuliers aux investisseurs d'un quelconque Etat tiers en vertu d'un accord établissant une zone de libre-échange, une union douanière ou un marché commun ou en vertu d'un accord pour éviter la double imposition, elle ne sera pas tenue d'accorder de tels avantages aux investisseurs de l'autre Partie contractante.

Art. 5 Libre transfert

(1) Chaque Partie contractante accordera aux investisseurs de l'autre Partie contractante le transfert sans délai, dans une monnaie librement convertible, des montants afférents à un investissement, notamment:

- (a) des revenus;
- (b) des paiements liés aux emprunts ou autres obligations contractés pour l'investissement;
- (c) du produit de la vente ou de la liquidation partielles ou totales de l'investissement, y compris les plus-values éventuelles;
- (d) des recettes et autres rémunérations de personnel engagé à l'étranger en rapport avec l'investissement;
- (e) du capital initial et des montants supplémentaires nécessaires au maintien ou au développement de l'investissement.

(2) A moins qu'il n'en soit convenu autrement avec l'investisseur, les transferts auront lieu au taux de change applicable à la date du transfert, conformément aux prescriptions de change en vigueur de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué.

Art. 6 Dépossession

(1) Aucune Partie contractante ne prendra de mesures d'expropriation, de nationalisation ou toute autre mesure ayant des effets équivalents à une expropriation ou à une nationalisation, à l'encontre des investissements d'investisseurs de l'autre Partie contractante, si ce n'est pour des motifs d'intérêt public et à condition que ces mesures donnent lieu au paiement d'une indemnité prompte et adéquate, qu'elles ne

soient pas discriminatoires et qu'elles soient conformes aux lois nationales d'application générale. La légalité d'une telle expropriation et le montant de l'indemnité pourront, à la demande de l'investisseur, faire l'objet d'un examen conformément aux prescriptions légales.

(2) L'indemnité visée à l'al. (1) équivaudra à la valeur loyale et marchande de l'investissement, établie conformément aux principes d'estimation reconnus, tels que, entre autres, le capital investi, la valeur de remplacement, la valeur ajoutée, les revenus courants, la clientèle et autres facteurs pertinents, immédiatement avant que la décision d'expropriation ne soit annoncée ou qu'elle ne soit connue dans le public, le premier de ces événements étant déterminant. Le montant de l'indemnité inclura des intérêts au taux commercial usuel, calculés entre la date de la dépossession et la date du paiement, il sera fixé dans une monnaie librement convertible et versé sans retard à l'ayant droit, sans égard à son domicile ou à son siège.

(3) Les investisseurs de l'une des Parties contractantes dont les investissements auront subi des pertes dues à la guerre ou à tout autre conflit armé, révolution, état d'urgence ou révolte, survenus sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficieront, de la part de cette dernière, d'un traitement non moins favorable que celui accordé à ses propres investisseurs ou à ceux d'un quelconque Etat tiers en ce qui concerne la restitution, l'indemnisation, la compensation ou tout autre règlement.

Art. 7 Principe de subrogation

Si une Partie contractante ou un organisme désigné par elle effectue un paiement à titre d'indemnité ou de garantie, ou en vertu d'un contrat d'assurance pour un investissement de l'un de ses investisseurs sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaîtra la cession de tout droit ou créance de cet investisseur à la première Partie contractante ou à l'organisme désigné par elle, ainsi que le droit de la première Partie contractante ou de l'organisme désigné par elle d'exercer ce droit ou de faire valoir cette créance par voie de subrogation dans la même mesure que l'investisseur.

Art. 8 Différends entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante

(1) Afin de trouver une solution aux différends relatifs à des investissements entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante, des consultations auront lieu entre les parties concernées.

(2) Si ces consultations n'apportent pas de solution dans les six mois à compter de la demande de les engager, l'investisseur pourra soumettre le différend pour règlement:

- (a) au Centre international pour le règlement des différends relatifs aux investissements (CIRDI), institué par la Convention pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats¹, ouverte à la signature à Washington le 18 mars 1965, ou

¹ RS 0.975.2

- (b) à un tribunal arbitral ad hoc qui, à moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, sera constitué conformément au règlement d'arbitrage de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI).
- (3) Chaque Partie contractante consent à soumettre à une procédure internationale de conciliation ou d'arbitrage tout différend relatif à un investissement.
- (4) La Partie contractante qui est partie au différend ne pourra, à aucun moment de la procédure, exciper de son immunité ou du fait que l'investisseur a reçu, en vertu d'un contrat d'assurance, une indemnité couvrant tout ou partie du dommage subi.
- (5) La sentence arbitrale sera définitive et obligatoire pour les parties au différend; elle sera exécutée conformément à la législation nationale.

Art. 9 Différends entre les Parties contractantes

- (1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions du présent Accord seront réglés par la voie diplomatique.
- (2) Si le différend entre les Parties contractantes n'est pas réglé dans les six mois à partir du moment où il a été soulevé par écrit par l'une des Parties contractantes, il sera soumis, à la requête de l'une ou l'autre Partie contractante, à un tribunal arbitral.
- (3) Ce tribunal arbitral sera constitué pour chaque cas particulier de la manière suivante. Dans les deux mois suivant la réception de la demande d'arbitrage, chaque Partie contractante désignera un membre du tribunal. Ces deux membres choisiront dans les deux mois un ressortissant d'un Etat tiers avec lequel les deux Parties contractantes entretiennent des relations diplomatiques. Avec l'accord des deux Parties contractantes, cette personne sera nommée président du tribunal. Le président sera nommé dans les trois mois suivant la désignation des deux autres membres.
- (4) Si les désignations nécessaires n'ont pas été effectuées dans les délais fixés à l'al. (3) du présent article, l'une ou l'autre Partie contractante pourra, en l'absence de tout autre accord, inviter le Président de la Cour internationale de justice à procéder aux désignations. Si le Président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché de remplir cette fonction pour une autre raison, le Vice-président sera invité à procéder aux désignations. Si le Vice-président est ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est également empêché de remplir cette fonction pour une autre raison, le membre le plus ancien de la Cour internationale qui n'est ressortissant d'aucune des Parties contractantes sera invité à procéder aux désignations.
- (5) Le tribunal arbitral fixera ses propres règles de procédure, à moins que les Parties contractantes n'en disposent autrement. Il prendra ses décisions à la majorité des voix. Les décisions du tribunal seront définitives et obligatoires pour les deux Parties contractantes.

(6) Chaque Partie contractante supportera les frais de son propre membre du tribunal et de sa représentation à la procédure; les frais du président et les frais restants seront supportés à parts égales par les Parties contractantes.

Art. 10 Autres engagements

(1) Si des dispositions de la législation d'une Partie contractante ou des règles de droit international accordent aux investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui qui est prévu par le présent Accord, elles prévaudront sur ce dernier dans la mesure où elles sont plus favorables.

(2) Chaque Partie contractante se conformera à toutes ses obligations à l'égard des investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

Art. 11 Dispositions finales

(1) Le présent Accord entrera en vigueur le jour où les deux Parties contractantes se seront notifié que leurs formalités légales requises pour la mise en vigueur d'accords internationaux ont été accomplies; il restera valable pour une durée de dix ans. S'il n'est pas dénoncé par écrit avec un préavis de douze mois avant l'expiration de cette période, il sera considéré comme renouvelé aux mêmes conditions pour des périodes successives de cinq ans.

(2) En cas de dénonciation, les dispositions des art. 1 à 10 du présent Accord continueront de s'appliquer pendant une période supplémentaire de vingt ans aux investissements effectués avant la dénonciation.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait en deux originaux, à Berne, le 17 août 2004, chacun en français, en arabe et en anglais, chaque texte faisant également foi. En cas de divergences, le texte anglais prévaut.

Pour le
Conseil fédéral suisse:

Jean-Daniel Gerber

Pour le
Gouvernement du Sultanat d'Oman:

Ahmed ben Mohammed Al-Hinai

Accordo tra il Consiglio federale svizzero e il Governo del Sultanato di Oman concernente la promozione e la protezione reciproche degli investimenti

Concluso il 17 agosto 2004

Entrato in vigore con scambio di note il 18 gennaio 2005

(Stato 18 gennaio 2005)

Preambolo

Il Consiglio federale svizzero

e

il Governo del Sultanato di Oman,

in seguito designati come Parti contraenti,

animati dal desiderio di creare condizioni favorevoli allo sviluppo della loro cooperazione economica, segnatamente per quanto concerne gli investimenti effettuati da investitori di una Parte contraente sul territorio dell'altro Stato contraente,

consapevoli del fatto che la promozione e la protezione reciproche di tali investimenti sono tali da stimolare l'iniziativa e accrescere la prosperità dei due Stati contraenti,
hanno convenuto quanto segue:

Art. 1 Definizioni

Ai fini del presente Accordo:

- (1) Il termine «investitore» designa, per quanto concerne ciascuna Parte contraente:
 - (a) le persone fisiche che, secondo la legislazione di detta Parte, hanno la cittadinanza della medesima;
 - (b) le persone giuridiche costituite conformemente alla legislazione di detta Parte contraente e che hanno sede nel territorio di quest'ultima o le persone giuridiche che sono controllate, direttamente o indirettamente, da cittadini di tale Parte contraente o da persone giuridiche costituite conformemente alla sua legislazione e che hanno la sede nel territorio di quest'ultima.
- (2) Il termine «investimento» comprende ogni tipo di averi e in particolare:
 - (a) la proprietà di beni mobili e immobili, come anche qualsiasi altro diritto reale come servitù, oneri fondiari, pegni immobiliari e mobiliari, usufrutti;

RU 2005 929

¹ Dal testo originale francese.

- (b) azioni, quote sociali e altre forme di partecipazione a società;
- (c) crediti monetari, comprese le obbligazioni di Stato, e diritti a qualsiasi prestazione di valore economico;
- (d) diritti d'autore, diritti di proprietà industriale (quali brevetti di invenzione, modelli d'utilità, disegni o modelli industriali, marchi di fabbrica o di commercio, marchi di servizio, nomi commerciali, indicazioni di provenienza), il know-how e la clientela;
- (e) le concessioni o diritti simili conferiti per legge o per contratto, comprese le concessioni di ricerca, estrazione o sfruttamento di risorse naturali.

La modifica della forma in cui gli averi sono investiti o reinvestiti non ne inficia la qualità d'investimento.

(3) Il termine «redditi» designa gli importi provenienti da un investimento e comprende in particolare gli utili, gli interessi, i profitti in capitale, i dividendi, i canoni, gli onorari e i pagamenti in natura nonché i redditi derivanti da un reinvestimento.

(4) Il termine «territorio» designa il territorio di ciascuna Parte contraente e comprende le zone marittime adiacenti sulle quali la Parte contraente interessata esercita diritti di sovranità o una giurisdizione conformemente al diritto internazionale.

Art. 2 Campo d'applicazione

Il presente Accordo si applica agli investimenti effettuati prima o dopo la sua entrata in vigore da investitori di una Parte contraente sul territorio dell'altra, conformemente alle leggi e ai regolamenti di quest'ultima.

Art. 3 Promozione, autorizzazione

(1) Ciascuna Parte contraente promuove gli investimenti effettuati sul proprio territorio da investitori dell'altra Parte contraente e li autorizza conformemente alle proprie leggi e ai propri regolamenti.

(2) Ciascuna Parte contraente facilita il rilascio, conformemente alle proprie leggi e ai propri regolamenti, delle necessarie autorizzazioni relative agli investimenti, comprese quelle per l'esecuzione di contratti di licenza, d'assistenza tecnica, commerciale o amministrativa e le autorizzazioni richieste per le attività di consulenti e di esperti.

Art. 4 Protezione, trattamento

(1) Gli investimenti e i redditi degli investitori di ciascuna Parte contraente beneficino in qualsiasi momento di protezione e sicurezza integrali nella zona dell'altra Parte contraente.

(2) Ciascuna Parte contraente garantisce sul proprio territorio un trattamento giusto ed equo agli investimenti effettuati dagli investitori dell'altra Parte contraente. Nessuna delle due Parti contraenti intralcia in qualsivoglia maniera, con provvedimenti ingiustificati o discriminatori, la gestione, il mantenimento, l'uso, il godimento, lo sviluppo o l'alienazione di tali investimenti.

(3) Ciascuna Parte contraente accorda sul suo territorio agli investitori dell'altra Parte contraente un trattamento non meno favorevole di quello che essa accorda ai suoi propri investitori per quanto concerne la gestione, il mantenimento, l'uso, il godimento o l'alienazione dei loro investimenti, nonché le attività che vi sono connesse. Per quanto concerne gli investimenti, il trattamento accordato agli investitori dell'altra Parte contraente non deve in ogni caso essere meno favorevole di quello accordato agli investitori di un altro Stato terzo.

(4) Se una Parte contraente accorda particolari privilegi agli investitori di uno Stato terzo in virtù di un accordo istitutivo di una zona di libero scambio, un'unione doganale o un mercato comune o in virtù di un accordo per evitare la doppia imposizione, detta Parte contraente non è tenuta ad accordare tali privilegi agli investitori dell'altra Parte contraente.

Art. 5 Libero trasferimento

(1) Ciascuna Parte contraente accorda agli investitori dell'altra Parte contraente, senza indugio e in moneta liberamente convertibile, il trasferimento degli importi relativi a un investimento, in particolare:

- (a) dei redditi;
- (b) dei pagamenti legati ai prestiti o ad altri obblighi contratti per l'investimento;
- (c) dei proventi della vendita o della liquidazione parziale o totale dell'investimento, compresi gli eventuali plusvalori;
- (d) dei salari e altre remunerazioni del personale impiegato all'estero in relazione con l'investimento;
- (e) del capitale iniziale e degli importi supplementari necessari al mantenimento o all'aumento dell'investimento.

(2) A meno che non sia stato convenuto altrimenti con l'investitore, i trasferimenti sono effettuati al tasso di cambio applicabile il giorno del trasferimento, conformemente alle prescrizioni di cambio in vigore della Parte contraente sul cui territorio l'investimento è stato effettuato.

Art. 6 Espropriazione

(1) Nessuna Parte contraente prende provvedimenti di espropriazione o nazionalizzazione, né altri provvedimenti aventi effetti equivalenti nei confronti di investimenti effettuati da investitori dell'altra Parte contraente, tranne che per ragioni di interesse pubblico e a condizione che essi implicino un indennizzo immediato e adeguato, non siano discriminatori e siano conformi alle leggi nazionali applicabili generalmente. La legalità di una tale espropriazione e l'ammontare dell'indennizzo possono, su richiesta dell'investitore, essere oggetto di un esame conformemente alle prescrizioni legali pertinenti.

(2) L'indennizzo di cui al paragrafo (1) corrisponde al valore commerciale garantito dell'investimento, stabilito secondo criteri di valutazione riconosciuti quali per esempio il capitale investito, il valore di risarcimento, il valore aggiunto, i redditi

correnti, la clientela e altri importanti fattori, nel momento immediatamente precedente la notifica o la diffusione della decisione di espropriazione, considerato che è determinante il primo di questi eventi. L'ammontare dell'indennizzo comprende gli interessi a un saggio commerciale usuale, dalla data dell'espropriazione alla data del pagamento, ed è versato senza indugio all'avente diritto in moneta liberamente convertibile indipendentemente dal suo luogo di domicilio o di sede.

(3) Gli investitori di una Parte contraente i cui investimenti abbiano subito perdite a seguito di una guerra o di qualsiasi altro conflitto armato, rivoluzione, stato di emergenza o rivolta sopraggiunti sul territorio dell'altra Parte contraente, fruiscono, da parte di quest'ultima, di un trattamento non meno favorevole di quello che essa accorda ai suoi propri investitori o a quelli di uno Stato terzo per quanto concerne la restituzione, l'indennizzo, la compensazione o altro regolamento.

Art. 7 Principio di surrogazione

Se una Parte contraente o un organismo da essa designato effettua un pagamento a titolo di indennizzo o di garanzia o in virtù di un contratto d'assicurazione per un investimento di uno dei suoi investitori sul territorio dell'altra Parte contraente, quest'ultima riconosce la cessione di qualsivoglia diritto o credito di questo investitore alla prima Parte contraente o all'organismo da essa designato, nonché il diritto della prima Parte contraente o dell'organismo da essa designato di esercitare tale diritto o di fare valere tale credito sulla base della surrogazione, nella stessa misura dell'investitore.

Art. 8 Controversie tra un investitore di una Parte contraente e l'altra Parte contraente

(1) Al fine di trovare una soluzione alle controversie relative agli investimenti tra una Parte contraente e un investitore dell'altra Parte contraente, le parti interessate procedono a consultazioni.

(2) Se con tali consultazioni non si giunge ad alcuna soluzione entro sei mesi dalla domanda scritta della loro apertura, l'investitore può sottoporre la controversia:

- (a) al Centro internazionale per la composizione delle controversie relative agli investimenti (CIRDI), istituito dalla Convenzione per la composizione delle controversie relative agli investimenti fra Stati e cittadini di altri Stati, conclusa a Washington il 18 marzo 1965², o
- (b) a un tribunale arbitrale ad hoc che, salvo accordo contrario delle parti in causa, è costituito secondo il regolamento d'arbitrato della Commissione delle Nazioni Unite per il diritto commerciale internazionale (UNCITRAL).

(3) Le Parti contraenti acconsentono a sottoporre a una procedura internazionale di conciliazione o di arbitrato tutte le controversie relative agli investimenti.

(4) La Parte contraente che è parte alla controversia non può, in nessun momento della procedura, avvalersi della propria immunità o eccepire il fatto che l'investitore

² RS 0.975.2

ha ottenuto, in virtù di un contratto di assicurazione, un indennizzo a copertura totale o parziale del danno subito.

(5) La sentenza arbitrale è definitiva e vincolante per le parti alla controversia; essa è eseguita conformemente alla legislazione nazionale.

Art. 9 Controversie tra Parti contraenti

(1) Le controversie tra Parti contraenti in merito all'interpretazione o all'applicazione delle disposizioni del presente Accordo sono composte per via diplomatica.

(2) Se la controversia tra le Parti contraenti non è composta entro sei mesi dal momento in cui è stata sollevata per scritto da una delle Parti contraenti, è sottoposta, su richiesta di una o dell'altra Parte in causa, a un tribunale arbitrale.

(3) Il tribunale arbitrale è costituito per ogni caso particolare nel modo seguente. Nei due mesi successivi alla ricezione della domanda di arbitrato, ogni Parte contraente designa un membro del tribunale. Questi due arbitri scelgono entro due mesi un cittadino di uno Stato terzo con il quale entrambe le Parti contraenti intrattengono relazioni diplomatiche. Con l'accordo delle due Parti contraenti tale persona è nominata presidente del tribunale arbitrale. Il presidente è nominato nei tre mesi seguenti la designazione degli altri due membri.

(4) Se non si è proceduto alle designazioni necessarie entro i termini stabiliti nel paragrafo (3) del presente articolo, l'una o l'altra Parte contraente, in assenza di un qualsivoglia altro accordo, può invitare il Presidente della Corte internazionale di giustizia a procedere alle designazioni. Se il Presidente è cittadino di una delle Parti contraenti o se per altre ragioni è impossibilitato ad adempiere il suo mandato, il Vicepresidente è invitato a procedere alle designazioni. Se il Vicepresidente è cittadino di una delle Parti contraenti o se anch'egli per altre ragioni è impossibilitato ad adempiere il suo mandato, il membro più anziano della Corte internazionale di giustizia che non è cittadino di nessuna delle Parti contraenti è invitato a procedere alle designazioni.

(5) Il tribunale stabilisce le proprie norme procedurali, a meno che le Parti contraenti non dispongano altrimenti. Esso decide a maggioranza dei voti. Le decisioni del tribunale sono definitive e vincolanti per le due Parti contraenti.

(6) Ciascuna Parte contraente assume le spese dell'arbitro da essa designato e quelle della sua rappresentanza nella procedura. Le spese del presidente e le rimanenti spese sono suddivise in parti uguali tra le Parti contraenti.

Art. 10 Altri obblighi

(1) Se le disposizioni legislative di una Parte contraente o norme di diritto internazionale accordano agli investimenti effettuati da investitori dell'altra Parte un trattamento più favorevole di quello previsto dal presente Accordo, esse prevalgono su quest'ultimo, per quanto siano più favorevoli.

(2) Ogni Parte contraente si conforma a tutti gli obblighi assunti nei confronti degli investimenti effettuati sul suo territorio da investitori dell'altra Parte contraente.

Art. 11 Disposizioni finali

(1) Il presente Accordo entra in vigore il giorno in cui le due Parti contraenti si sono reciprocamente notificate l'adempimento delle formalità legali richieste per la messa in vigore di accordi internazionali; esso rimane in vigore per un periodo di dieci anni. Se non è denunciato per scritto con preavviso di dodici mesi prima della scadenza di tale periodo, è considerato tacitamente rinnovato alle stesse condizioni per periodi successivi di cinque anni ciascuno.

(2) In caso di denuncia, le disposizioni degli articoli 1–10 del presente Accordo si applicano ancora per un periodo supplementare di venti anni agli investimenti effettuati prima della denuncia.

In fede di che, i sottoscritti, debitamente autorizzati dai loro rispettivi Governi, hanno firmato il presente Accordo.

Fatto a Berna il 17 agosto 2004, in due originali, ciascuno dei quali in lingua francese, araba e inglese, ogni testo facente parimenti fede. In caso di divergenze d'interpretazione prevale il testo inglese.

Per il
Consiglio federale svizzero:
Jean-Daniel Gerber

Per il
Governo del Sultanato di Oman:
Ahmed ben Mohammed Al-Hinai

A g r e e m e n t

between

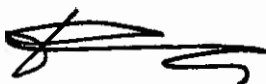
the Swiss Federal Council

and

the Government of the Sultanate of Oman

on the Promotion and Reciprocal Protection

of Investments



Preamble

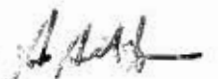
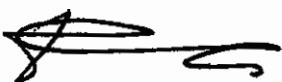
The Swiss Federal Council and the Government of the Sultanate of Oman,

Hereinafter referred to as the Contracting Parties,

Intending to create and maintain favourable conditions for greater economic co-operation between them and in particular for investments by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party,

Recognizing that the encouragement and reciprocal protection of such investments under international agreements will be conducive to the stimulation of business initiatives and will increase prosperity in both countries,

Have agreed as follows:



Article 1

Definitions

For the purpose of this Agreement:

- (1) The term "investor" means with regard to either Contracting Party:
 - (a) natural persons who, according to the law of that Contracting Party, possess its nationality;
 - (b) legal persons constituted under the law of that Contracting Party and having their seat on the territory thereof, or legal persons directly or indirectly controlled by nationals of that Contracting Party or legal persons constituted under the law of that Contracting Party and having their seat on the territory thereof;
- (2) The term "investments" means every kind of asset and includes in particular:
 - (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as servitudes, mortgages, liens, pledges and usufructs;
 - (b) shares, parts or any other kind of participation in companies;
 - (c) claims to money, including government bonds, or to any performance having an economic value;
 - (d) copyrights, industrial property rights (such as patents, utility models, industrial designs or models, trade or service marks, trade names, indications of origin), know-how and goodwill;
 - (e) concessions or similar rights conferred by law or under contract, including concessions to search for, extract or exploit natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested or reinvested shall not affect their qualification as investments.
- (3) The term "returns" means the amounts yielded by an investment and includes in particular profits, interest, capital gains, dividends, royalties or fees, and payment in kind including returns from reinvestment.



- (4) The term "territory" means the territory of the Contracting Parties, and includes the adjacent maritime areas over which the Contracting Party exercises sovereign rights or jurisdiction in accordance with international law.

Article 2

Scope of application

The present Agreement shall apply to investments in the territory of one Contracting Party made in accordance with its laws and regulations by investors of the other Contracting Party, whether prior to or after the entry into force of the Agreement.

Article 3

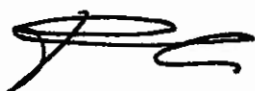
Promotion, admission

- (1) Each Contracting Party shall in its territory encourage investments by investors of the other Contracting Party and admit such investments in accordance with its laws and regulations.
- (2) Each Contracting Party shall facilitate, in accordance with its laws and regulations, the issuing of the necessary permits in connection with such an investment, including permits for the carrying out of licensing agreements and contracts for technical, commercial or administrative assistance, as well as authorizations required for the activities of consultants and experts.

Article 4

Protection, treatment

- (1) Investments and returns of investors of each Contracting Party shall at all times enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.
- (2) Each Contracting Party shall in its territory accord investments of investors of the other Contracting Party fair and equitable treatment. Neither Contracting Party shall in



any way impair by unreasonable or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment, extension, or disposal of investments and returns of investors of the other Contracting Party.

- (3) Each Contracting Party shall in its territory accord investors of the other Contracting Party, as regards the management, maintenance, use and enjoyment of their investments as well as any other activity associated with such investments, treatment not less favourable than that which it accords to its own investors. In no case shall investors of the other Contracting Party with respect to their investments be accorded treatment less favourable than that accorded to investors of any third State.
- (4) If a Contracting Party accords special advantages to investors of any third State by virtue of an agreement establishing a free trade area, a customs union or a common market or by virtue of an agreement on matters of taxation, it shall not be obliged to accord such advantages to investors of the other Contracting Party.

Article 5

Free transfer

- (1) Each Contracting Party shall grant investors of the other Contracting Party the transfer without delay in a freely convertible currency of payments in connection with an investment, particularly of:
 - (a) returns;
 - (b) payments relating to loans incurred, or other contractual obligations undertaken, for the investment;
 - (c) proceeds of the partial or total sale or liquidation of the investment, including possible increment values;
 - (d) earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with the investment;
 - (e) the initial capital and additional amounts to maintain or increase the investment.



- (2) Unless otherwise agreed with the investor, transfers shall be made at the rate of exchange applicable on the date of transfer pursuant to the exchange regulations in force of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

Article 6

Dispossession

- (1) Neither of the Contracting Parties shall take measures of expropriation, nationalisation or any other measures, the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalisation, against investments of investors of the other Contracting Party, unless the measures are taken in the public interest, against prompt and adequate compensation and on condition that such measures are taken on a non-discriminatory basis and in accordance with domestic laws of general application. The legality of any such expropriation and the amount of compensation shall at the request of the investor be subject to review by due process of law.
- (2) The compensation referred to in paragraph (1) shall be equivalent to the fair market value of the investment, as determined in accordance with recognised principles of valuation such as, inter alia, the capital invested, replacement value, appreciation, current returns, goodwill and other relevant factors, immediately prior to or at the time when the decision for expropriation was announced or became publicly known, whichever is earlier. The amount of compensation shall carry the usual commercial interest from the date of dispossession until payment, shall be settled in a freely convertible currency and paid without delay to the person entitled thereto without regard to its residence or domicile.
- (3) The investors of one Contracting Party whose investments have suffered losses due to a war or any other armed conflict, revolution, state of emergency or rebellion, which took place in the territory of the other Contracting Party shall benefit, on the part of this latter, from a treatment not less favourable than that granted to its own investors or those of any third State as regards restitution, indemnification, compensation or other settlement.



Article 7

Principle of subrogation

If a Contracting Party or its designated agency makes a payment under an indemnity, guarantee or contract of insurance given in respect of an investment of one of its investors in the territory of the other Contracting Party, the latter shall recognize the assignment of any right or claim of such investor to the former Contracting Party or its designated agency and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its investor.

Article 8

Disputes between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party

- (1) For the purpose of solving disputes with respect to investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party consultations will take place between the parties concerned.
- (2) If these consultations do not result in a solution within six months from the date of request for consultations, the investor may submit the dispute for settlement to:
 - (a) the International Centre for Settlement of Investment Disputes (ICSID) provided for by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, opened for signature at Washington, on March 18, 1965 (hereinafter the "Convention of Washington"); or
 - (b) an ad hoc-arbitral tribunal which, unless otherwise agreed upon by the parties to the dispute, shall be established under the arbitration rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL).
- (3) Each Contracting Party hereby consents to the submission of an investment dispute to international conciliation or arbitration.

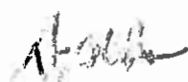
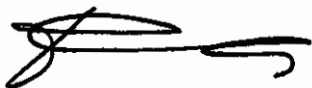


- (4) The Contracting Party which is party to the dispute shall at no time whatsoever during the process assert as a defence its immunity or the fact that the investor has received a compensation under an insurance contract covering the whole or part of the incurred damage.
- (5) The arbitral award shall be final and binding for the parties to the dispute and shall be executed according to national law.

Article 9

Disputes between Contracting Parties

- (1) Disputes between Contracting Parties regarding the interpretation or application of the provisions of this Agreement shall be settled through diplomatic channels.
- (2) If the dispute between the Contracting Parties cannot be settled within a period of six months from the date at which the issue was raised in writing by one of the Contracting Parties, it shall upon request of either Party to the dispute be submitted to an arbitral tribunal.
- (3) Such an arbitral tribunal shall be constituted for each individual case in the following way. Within two months of the receipt of the request for arbitration, each Contracting Party shall appoint one member of the tribunal. Those two members shall then within two months select a national of a third State with which both Contracting Parties maintain diplomatic relations. This person, on approval by the two Contracting Parties, shall be the Chairman of the tribunal. The Chairman shall be appointed within three months from the date of appointment of the other two members.
- (4) If within the periods specified in paragraph (3) of this Article the necessary appointments have not been made, either Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make any necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall be invited to make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he is also otherwise prevented from discharging the



said function, the Member of the International Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall be invited to make the necessary appointments.

- (5) The arbitral tribunal shall determine its own procedures, unless the Contracting Parties agree otherwise. It shall reach its decisions by a majority of votes. The decisions by the tribunal shall be final and binding upon both Contracting Parties.
- (6) Each Contracting Party shall bear the cost of its own member of the tribunal and of its representation in the arbitral proceedings; the costs of the Chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties.

Article 10

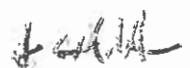
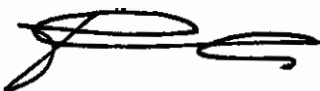
Other commitments

- (1) If provisions in the legislation of either Contracting Party or rules of international law entitle investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such provisions shall to the extent that they are more favourable prevail over this Agreement.
- (2) Each Contracting Party shall observe any obligation it has assumed with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 11

Final provisions

- (1) This Agreement shall enter into force on the day when both Contracting Parties have notified each other that their legal requirements for the entry into force of international agreements have been fulfilled and shall remain in force for a period of ten years. Unless written notice of termination is given twelve months before the expiration of this period, the Agreement shall be considered as renewed on the same terms for successive periods of five years.

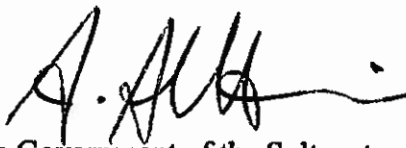


- (2) In case written notice of termination of this Agreement is given, the provisions of Articles 1 to 10 shall continue to be effective for a further period of twenty years for investments made before said notice.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned, duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done in duplicate, at *Gene*, on *August 17, 2009*, in French, Arabic and English language, each text being equally authentic. In case of divergencies the English text shall prevail.

For the Swiss Federal Council


For the Government of the Sultanate of Oman

